

Liechtenstein

Eine weitere Bank gerät ins Visier

Der Steuerstreit zwischen Deutschland und Liechtenstein kühlt sich nicht ab. Ungeachtet dessen erfreut sich der Finanzplatz Liechtensteins grosser Beliebtheit.

VON UELI KNEUBÜHLER

«In Liechtenstein gibt es nur zwei Probleme», sagen Einheimische. «Das sind der Föhn und der Neid.» Morgen soll der Föhn das Thermometer auf 20 Grad ausschlagen lassen. Kopfschmerzen sind vorprogrammiert. Allerdings brummen die Schädel in Liechtenstein schon seit Tagen. Denn der Neid hat sich zu einer gehässigen Steueraffäre zwischen Deutschland und dem Ländle ausgeweitet. Gestern gab es erneut schlechte Nachrichten.

«Der Finanzplatz Liechtensteins wird sich anpassen.»

MICHAEL LAUBER,
CEO BANKENVERBAND

Demnach könnte nach dem Datenklau bei der Fürstenbank LGT nun auch die zweitgrösste liechtensteinische Bank betroffen sein. Gegenüber dem deutschen Magazin «Focus Online» bestätigte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Rostock, dass ein inhaftierter Erpresser über mindestens 725 Daten deutscher Kunden der Liechtensteinischen Landesbank LLB verfüge. Mit den bereits im Jahr 2003 gestohlenen Daten erpresste der Banker seine ehemalige Arbeitgeberin LLB. Der Fall flog schnell auf, der Mitarbeiter wanderte ins Kitchchen. Kooperiert er nun mit den deutschen Behörden, könnte seine Haftstrafe gemildert werden und der Konflikt ein noch grösseres Ausmass annehmen.

Müssen Kompromiss finden

Nicht zuletzt wegen des massiven Druckes aus Deutschland dürfte es laut eines führenden Liechtensteiner Finanzexperten deshalb zu Änderungen am Finanzplatz des Fürstentums kommen. «Die Lösung liegt im Kompromiss. Mann muss sich in der Mitte treffen, aber der Finanzplatz wird sich anpassen», sagte der Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes,



Der Fokus richtet sich jetzt auf die zweitgrösste Bank Liechtensteins: die Liechtensteinische Landesbank (LLB).

KEYSTONE

Michael Lauber, gegenüber der Nachrichtenagentur AWP.

EXPRESS

- ▶ Der Finanzplatz Liechtensteins steht vor einem Wandel.
- ▶ Er steuert 30 Prozent zur Wertschöpfung bei.

Starker Kapitalzufluss

Ob der aktuellen Streitereien geht oft vergessen, dass die Liechtensteiner Wirtschaft im Schwerpunkt nicht von den Finanzdienstleistern, sondern von der Industrie getragen wird.

40 Prozent der Wertschöpfung entstehen im verarbeitenden Gewerbe. Zwar arbeiten nur rund 15 Prozent der Liechtensteiner auf dem Finanzplatz, sie steuern mit 30 Prozent aber ebenfalls ein grosses Stück zum Liechtensteiner Wirtschaftskuchen bei. Zum Vergleich: Der Finanzplatz Schweiz erbringt nur rund 10 Prozent der nationalen Wertschöpfung. Und der Kapitalfluss nach Liechtenstein reisst nicht ab. 15 Banken, 405 Vermögensverwalter und Treuhandunternehmen, 30 Versi-

cherungen, 17 Fonds- und 9 Anlagegesellschaften verwalteten im Jahr 2006 laut der Finanzmarktaufsicht Vermögen von fast 220 Milliarden Franken. Das sind 20 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Besonderes Augenmerk gilt den von Deutschland kritisierten Stiftungen. Diese haben in Liechtenstein eine grosse Tradition. So stehen den 35 000 natürlichen Personen 80 000 Gesellschaften gegenüber, darunter mehr als 50 000 Stiftungen.

Mirabaud krebst zurück



Am Mittwochabend geisselte Pierre Mirabaud (Bild), Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, im Westschweizer Fernsehen die Methoden der deutschen Steuerfahnder als «ein bisschen Gestapo-würdig». Gestern krebste der Genfer Privatbankier zurück. Er liess seinen Vergleich als «unglücklich» bezeichnen. Er habe nur sein Missbehagen über die Methoden ausdrücken wollen, mit denen Geheimdienste gegen befreundete Staaten voringen.

Mirabaud vertritt als Präsident der Bankiervereinigung rund 350 Schweizer Banken. Derweil erntet auch die Schweiz Kritik. Lorenz Jarass, Wirtschaftspräsident an der Fachhochschule Wiesbaden: «Die Schweiz ist der europaweit führende Staat, der Steuerhinterzieher einlädt», so Jarass, der die EU-Kommission und das EU-Parlament sowie den Deutschen Bundestag berät, gegenüber dieser Zeitung. Die Schweiz messe Steuerhinterziehung mit zwei verschiedenen Ellen. «Für den Schweizer ist die Hinterziehung strafbar. Aber ein Deutscher in der Schweiz, der Steuern in Deutschland hinterzieht, macht sich nicht strafbar.» **ukn**

Ospel-Nachfolge

Topbanker geben UBS einen Korb

ukn. Die UBS steckt im Dilemma. Sie findet keinen geeigneten Nachfolger für Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel. Offenbar hat die Schweizer Grossbank diverse europäische Topbanker angefragt, ob sie Verwaltungsrat des Bankenkonzerns werden und schliesslich Präsident Marcel Ospel an der Spitze der gebeutelten Bank ablösen wollen, schrieb die britische Wirtschaftszeitung «Financial Times» in ihrer gestrigen Ausgabe.

Topmanager sagen ab

Anscheinend zählt der Posten auf der Kommandobrücke der UBS aber nicht mehr zu den Prestigejobs in der Branche. Die angefragten Spitzenleute hätten das Angebot unisono zurückgewiesen, so die «Financial Times» unter Berufung auf mit der Sache vertraute Quellen. Zu den via Headhunter angegangenen Managern gehörten unter anderem Bob Diamond, Präsident des britischen Institutes Barclays, Michael Cohrs, Chef des Global Banking bei der Deutschen Bank sowie John Studzinski, Senior Manager bei der US-amerikanischen Investmentfirma Blackstone.

Erst am Donnerstag hatte die UBS bekannt gegeben, dass sich Marcel Ospel nochmals zur Wiederwahl stelle, allerdings für eine verkürzte Amtsdauer von einem anstatt von drei Jahren. Zudem wurde ihm mit Fiat-Chef Sergio Marchionne ein nebenamtlicher Vizepräsident zur Seite gestellt. Ob dieser Ospel aber dereinst beerbt, bleibt fraglich.

Volkswagen-Affäre

Ex-VW-Manager muss ins Gefängnis

Zum ersten Mal in der VW-Affäre muss ein Angeklagter ohne Bewährung ins Gefängnis. Er wird der Untreue bezichtigt.

ap. Der frühere Volkswagen-Betriebsratschef Klaus Volkert ist als erster Angeklagter in der VW-Affäre zu einer Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. Das Landgericht Braunschweig verhängte gestern wegen Beihilfe und Anstiftung zur Untreue zwei

«Er wusste, dass er keinen Anspruch auf die Zahlungen hatte.»

GERSTIN DREYER,
VORSITZENDE RICHTERIN

Jahre und neun Monate Haft gegen Volkert. Der mit ihm angeklagte Ex-Manager Klaus-Joachim Gebauer erhielt wegen Untreue in 40 Fällen ein Jahr auf Bewährung. Das Gericht blieb damit unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft.

Beihilfe und Anstiftung

Diese hatte für Volkert wegen Anstiftung zur Untreue in 48 Fällen eine Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten gefordert. Für Gebauer ver-



Klaus Volkert, Ex-Betriebsratschef bei VW. KEYSTONE

langte sie wegen Untreue und Anstiftung zum Betrug eine Bewährungsstrafe von 20 Monaten. Die Verteidiger hatten auf Freisprüche für beide Angeklagten plädiert.

Das Gericht wertete das Kassieren von knapp 2 Millionen Euro Sonderboni durch Volkert als Beihilfe zur Untreue. «Er wusste auch, dass er keinen Anspruch auf die Zahlungen hatte», sagte die vorsitzende Richterin Gerstin Dreyer. Als Anstiftung zur Untreue stufte das Gericht VW-Zahlungen von 400 000 Euro an die Ex-Geliebte Volkerts ein. Die Einstellung der Frau über Scheinverträge habe Volkert immer wieder bei VW angemahnt. «Volkert liess nicht locker und kam immer wieder darauf zurück», sagte die vorsitzende Richterin Dreyer.

Volkert und Gebauer hatten vor Gericht die Vergütungen auf Firmenkosten und Zuwendungen von VW an Betriebsräte eingeräumt. Umstritten blieb jedoch die juristische Wertung dieser Vorgänge. In Sonderbonuszahlungen von VW an Volkert sah die Staatsanwaltschaft besonders schwere Untreue, zu der der Betriebsratschef den früheren VW-Perso-

nalvorstand Peter Hartz angestiftet habe. Die Verteidigung sprach dagegen von Gehaltszahlungen, die dem Wert Volkerts für das Unternehmen entsprochen hätten. Gebauer, der Lustreien auf VW-Kosten organisierte, befolgte nach Ansicht seines Verteidigers nur Anweisungen von Hartz.

Ungerechtfertigte Sonderboni

In einem ersten Prozess wegen der VW-Affäre war der ehemalige Personalvorstand Hartz Ende Januar 2007 wegen Untreue und Begünstigung eines Betriebsrates zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und 576 000 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Nach Überzeugung des Landgerichts verschleuderte Hartz Vermögen von VW, indem er ungerechtfertigte Sonderbonuszahlungen von rund 2 Millionen Euro an Volkert anweisen liess.

ANZEIGE

Energie von Schätzle.

SCHÄTZLE AG
Erdölprodukte | Tankstellen | Tankrevisionen
Telefon 041 368 60 00 | www.schaetzle.ch

AVIA